

Manager eines UmA dazu gezeugen, zwei Stunden niederzuknien und dann in der Fabrik mit einem Plakat auf und ab zu marschieren auf dem „Ich bin ein Dieb“ stand. Nicht nur die Arbeitskräfte in der Schuhfabrik, sondern in Zhongshan insgesamt signalisierten ihre Unterstützung, als die Belegschaft der Fabrik daraufhin in einen Streik trat. Weiterhin zahlten viele UmA aus Hongkong und Taiwan den ländlichen Arbeitskräften weniger als den lokal üblichen Durchschnittslohn. Um die Kosten niedrig zu halten wurde auch bei der Ausstattung mit sanitären Anlagen und der Einrichtung von Unterkünften gespart. Oftmals mußten die Arbeitskräfte sogar die Werkhallen als Schlafsäle benutzen und wurden in einigen Fällen Opfer ausbrechender Feuer in den Fabriken, in denen sie zum Übernachten eingeschlossen wurden.

Die Mißstände in den Unternehmen führten zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen sowie zur Gründung von inoffiziellen Gewerkschaften. Der Druck auf die rechtliche Absicherung der Arbeitskräfte wurde größer. Ende 1994 wurde das erste Arbeitsgesetz in der Geschichte der VR China verabschiedet und trat zum 1.1.1995 in Kraft. Mit den Bestimmungen zu Arbeitsverträgen, Arbeitszeit, Entlohnung, Sozialversicherung, Regelung von Arbeitsstreitigkeiten etc. bot das Gesetz auch den Beschäftigten in den UmA den notwendigen rechtlichen Schutz. Allerdings läßt die Umsetzung der Bestimmungen noch viel zu wünschen übrig. (Siehe dazu auch Schüller, Margot (1998), „Globalisierung, Liberalisierung und soziale Stabilisierung in China“, in: *NORD SÜD aktuell*, 1998, No. 3, S.512-523) -schü-

ten Monat ein negatives Wachstum, das deutlich niedriger als die August-Wachstumsrate (+9,5%) lag. Das Statistikamt führte das relativ langsame Wachstumstempo auf das vergleichsweise hohe Basiswachstum im Vorjahresmonat zurück sowie auf die drei Ferientage anlässlich des Nationalfeiertags. Für die gesamte Periode Januar bis Oktober wurde eine Wachstumsrate der industriellen Wertschöpfung von 9,1% gemeldet. (XNA, 10.11.99)

Nach Prognosen von Ökonomen bei der Akademie der Sozialwissenschaften wird das Wirtschaftswachstum im Jahre 1999 um 7,6% steigen und damit vergleichbar hoch wie im Vorjahr liegen. Dies Wachstum wird als Ergebnis der aktiven Fiskalpolitik der Regierung und verschiedener Maßnahmen zur Stimulierung der Konsumnachfrage angesehen. Für das kommende Jahr 2000 gehen die Ökonomen davon aus, daß ein Entwicklungstempo von 7,5-8% erreicht werden konnte.

Vorbedingung für die genannten Wachstumsraten in den Jahren 1999 und 2000 ist eine Steigerung der Anlageinvestitionen um 10,3% bzw. um 9,4%. Für 1999 wird ein negatives Wachstum des Einzelhandelspreisindex von 3% und für das kommende Jahr von +0,1% angenommen. Es wird außerdem mit einer Zunahme des Einzelhandelsvolumens um 10% bzw. 9,4% gerechnet. Obwohl das Importwachstum höher als das Exportwachstum ausfallen wird, erwarten die Ökonomen der Akademie der Sozialwissenschaften auch in 1999 und 2000 einen Handelsbilanzüberschuß. (XNA, 10.11.99)

Daß auch für das Jahr 2000 mit einer Wachstumsrate von über 7% gerechnet werden kann, davon ging der Außenhandelsminister Shi Guangsheng Ende November aus. Shi kündigte an, daß die Regierung ihre aktive Fiskalpolitik und ihre gelockerte Kreditpolitik im kommenden Jahr beibehalten werde. Nach Einschätzung von ausländischen Analysten sei eine Wachstumsrate von 7% zwar international gesehen relativ hoch, rufe in China jedoch Besorgnis hervor. Diese Rate signalisiere, daß China noch keine Kehrtwende im Wirtschaftswachstum, das seit 1994 kontinuierlich zurückgehen würde, erreichen konnte. (FT, 26.11.99)

Nach wie vor halten sich die Konsumenten bei Ausgaben zurück und tragen damit zu einem „relativ“ schwachen Wachstumstempo bei. Zu den Problembereichen in der Wirtschaftsentwicklung zählen nach wie vor die Staatsunternehmen. Nach Angaben von Zhen Silin, stellvertretender Direktor der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, sieht sich der staatliche Industriesektor mit hohen Kapazitätsüberschüssen konfrontiert. Weiterhin gebe es rd. 10 Mio. überschüssiger Arbeitskräfte in den staats-eigenen Unternehmen. Außerdem sei die Verschuldung dieser Unternehmen gestiegen und liege derzeit bei 75% der Vermögenswerte bei den meisten Staatsunternehmen. Gleichzeitig hätten die meisten Unternehmen Liquiditätsprobleme. (AWSJ, 8.11.99) -schü-

25 Arbeitskonferenz zur Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2000

Auf der dreitägigen Arbeitskonferenz der Zentralregierung zur Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr wurden die Belegung der staatseigenen Unternehmen und die Fortsetzung der aktiven Fiskalpolitik als Arbeitsschwerpunkte ausgewählt.

Auf der Konferenz wurde u.a. die Umsetzung der Richtlinien des 15. Parteitags der KPCh zur Reform der Staatsunternehmen, zur wirtschaftlichen Umstrukturierung sowie zu wissenschaftlich-technologischen Fortschritten und die Ausweitung der Inlandsnachfrage gefordert.

Um die aktuellen Probleme in der Wirtschaftsentwicklung zu überwinden, zu denen eine unzureichende Inlandsnachfrage, ein starker Beschäftigungsdruck, ein langsamer Anstieg der bäuerlichen Einkommen und eine ineffiziente Wirtschaftsstruktur gezählt wurden, legte die Konferenz fünf Schwerpunktmaßnahmen für das kommende Jahr fest:

1. Wachstum ist der Schlüssel, um die aktuellen wirtschaftlichen Probleme zu überwinden und eine stabile langfristige Entwicklung zu erreichen. Im nächsten Jahr wird die aktive Fiskalpolitik fortgesetzt, und es werden dafür zusätzliche Staatsanleihen zur Finanzie-

Binnenwirtschaft

24 Wachstumsziel für 1999 erreicht?

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes betrug die Wachstumsrate der industriellen Wertschöpfung im Oktober im Vergleich zum Vorjahresmonat lediglich 7%. Damit verzeichnete der Industriesektor bereits im zwei-

rung von Infrastrukturprojekten ausgeben. Die Geldpolitik soll gelockert werden, um ein höheres Wirtschaftswachstum zu unterstützen. Da die Inlandsnachfrage von großer Bedeutung ist, sollen weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Konsum der städtischen und ländlichen Bevölkerung auszuweiten, z.B. über den Verkauf von Wohnungseigentum und Bildungsinvestitionen.

2. Die wirtschaftliche Umstrukturierung wird im Zentrum der Wirtschaftspolitik im nächsten Jahr und auch darüber hinaus stehen. Als Motto der Anpassung der Wirtschaftsstrukturen gilt die Konsolidierung der Landwirtschaft, Förderung des Sekundärsektors und Ausweitung des Dienstleistungssektors. Die Entwicklung der westlichen Wirtschaftsregionen wird eine strategische Priorität erhalten. Die Regierung wird dafür mehr Mittel, Technologie und Fachkräfte zur Verfügung stellen. Als Schlüsselmaßnahmen gelten der Ausbau der Infrastruktur, die Aufforstung sowie die Förderung der Wissenschaft, Technologie und Bildung. Weiterhin wird die Regierung die Entwicklung von Städten und Kleinstädten in den ländlichen Regionen fördern.
3. Die Regierung wird Anstrengungen unternehmen, um die schnellere wissenschaftliche und technologische Entwicklung sowie die Innovationsfähigkeit zu fördern.
4. Als eine der Top-Prioritäten will die Regierung das Ziel einer Reform der staatseigenen Unternehmen innerhalb von drei Jahren erreichen.
5. Der Lebensstandard der Bevölkerung soll verbessert werden, und zwar durch Anhebung der Einkommen der städtischen und ländlichen Bevölkerung, insbesondere der Personen mit einem sehr niedrigen Einkommen. Die Regierung will alle möglichen Mittel einsetzen, um die Einkommen der Bauern zu verbessern und für die städtischen Bevölkerungsgruppen mit einem sehr niedrigen

Einkommen eine Absicherung finden; auch das soziale Sicherungssystem soll weiter ausgebaut werden. (XNA, 18.11.99)
-schü-

26 Umstrukturierung der faulen Kredite durch Auffanggesellschaften geht weiter

Anfang November kündigte die Cinda Asset Management Corp., eine der Auffanggesellschaften für uneinbringliche Kredite, an, daß sie die Umstrukturierung der gesamten faulen Kredite einer Niederlassung der Construction Bank of China in Höhe von 1,7 Mrd. Yuan (196,4 Mio. US\$) übernehmen wird. Es handelt sich dabei um uneinbringliche Kredite der Zweigstelle der Bank in der Provinzhauptstadt Wuhan, die alle ihre faulen Kredite zur Umstrukturierung an Cinda gegeben hat. Welche Sicherungswerte Cinda von der Bank im Gegenzug erhalten hat, wurde nicht bekannt. (AWSJ, 9.11.99)

Nach Einschätzung des Präsidenten der Cinda, Zhu Dengshan, handelt es sich bei der Übernahme von Schulden im Gegenzug zu normalerweise Unternehmensanteilen um ein Geschäft mit einem relativ hohen Risiko. Es sei damit zu rechnen, daß Widersprüche zu bestehenden Systemabläufen, Ideen und selbst gesetzlichen Bestimmungen auftauchen werden. Anstatt überstürzt zu handeln, würde Cinda Maßnahmen zur Risikominderung treffen. Außerdem setze die Auffanggesellschaft ihren Einfluß als neuer Anteilseigner an einem Unternehmen dafür ein, daß eine Modernisierung des Management durchgeführt wird.

Die Auffanggesellschaft Cinda, die im April gegründet wurde, soll die uneinbringlichen Kredite der China Construction Bank in Höhe von 250 Mrd. Yuan übernehmen und umstrukturieren. Nach Angaben von Zhu wurden nach Überprüfung rd. 140 Mrd. Yuan als „qualifiziert“ für eine Umstrukturierung eingestuft. Bisher hat Cinda damit begonnen, Schulden in einer Höhe von 4,9 Mrd. Yuan umzustrukturieren, die von sechs großen Staatsunternehmen stammen. Für die Schulden von weiteren 50 Unternehmen bestehen bereits konkrete Umschuldungspläne. (SCMP, 4.11.99)

Eine vom Volumen her noch größere Umstrukturierung uneinbringlicher Kredite wurde Mitte November von drei Auffanggesellschaften zusammen eingeleitet. So übernahmen die Cinda, Huarong und die China Orient Asset Management Corp. gemeinsam mit der China Development Bank die Schulden der zwei Unternehmen China Chuanbo Zhonggong (Group) Co. und der Dahua Group Corp. in einer Höhe von 2,5 Mrd. Yuan (302 Mio. US\$). Die Auffanggesellschaften haben im Gegenzug Anteile am Unternehmen erhalten. Begleitend zur Umstrukturierung der Schulden sollen das Management in den Verlustunternehmen verbessert sowie Anstrengungen zur technologischen Erneuerung unternommen werden. (AWSJ, 12./13.11.99)

Auch für den Anshan Iron and Steel Complex, der zu den größten staats-eigenen Unternehmen in der Eisen- und Stahlindustrie der Provinz Liaoning zählt, ist ein Schuldenswap vorgesehen. Unter Leitung der Huarong Asset Management Corp. übernehmen die China Development Bank, die Cinda und die China Orient eine Schuldenumstrukturierung mit einem Volumen von 6,854 Mrd. Yuan (ca. 870 Mio. US\$). Nach Angaben der Huarong wird nach Ausführung der Schuldenumstrukturierung ein neues Unternehmen gegründet werden, an dem Huarong Anteile in Höhe von rd. 5 Mrd. Yuan und die übrigen Geldgeber unterschiedlich hohe Anteile halten werden. Ziel der Umstrukturierung ist es, den Verschuldungsgrad des Unternehmens von 71% auf 40% zu senken und damit die jährlichen Zinszahlungen für Bankkredite um rd. 500 Mio. Yuan zu kürzen. (XNA, 17.11.99)

Daß die erfolgreiche Umstrukturierung der Schulden durch die Auffanggesellschaften auch aufgrund des Mangels an Fachkenntnissen des Leitungspersonals im Investmentbanking sehr schwer werden wird, darauf weist ein kritischer Artikel in *Asian Wall Street Journal* vom 8.11.99 (China's Asset Managers Battle Lack of Experience). So verfüge beispielsweise der Regierungsbeamte Wang Xingyi, Leiter der Auffanggesellschaft Great Wall Asset Management Corp. lediglich über eine einjährige Erfahrung im Bankgeschäft bei der Agricultural Bank of China. Ohne vom Finanz-

ministerium die Mitteilung abzuwarten, in welcher Höhe er Finanzmittel für die Umstrukturierung der Schulen eines Unternehmens zur Verfügung stellen kann, habe er Anfang November in einem Fall die Transaktion bereits zugesagt. Von der Grundausstattung mit Finanzmitteln in Höhe von 12 Mio. US\$ durch das Finanzministerium, die jede der Aufgangsgesellschaften erhalten hat, seien Büroräume angemietet und Personal eingestellt worden. Wang Xingyi beschäftigte inzwischen 118 Arbeitskräfte, die vorher zum überwiegenden Teil bei seinem vormaligen Arbeitgeber, der Agricultural Bank of China, arbeiteten. Das Team von Wang habe keine Erfahrung im Management von Unternehmen, abgesehen von einigen wagen Vorstellungen. Die Motivation von Wang Xingyi basiere auf der derzeitigen Regierungskampagne, durch die die Probleme der staatseigenen Unternehmen bis zum nächsten Jahr „gelöst“ werden sollen. Wang zufolge erfordere dies vor allem, die Zinszahlungen der Verlustunternehmen zu reduzieren. Auf diese Weise würden die Unternehmen ausreichend Gewinne abwerfen und die Kampagne könne als Erfolg dargestellt werden. -schü-

SVR Hongkong

27 Wahl der Bezirksräte

Am 28. November war die Hongkonger Bevölkerung zur Wahl neuer Bezirksräte (*District Councils*) in den 18 Bezirken Hongkongs aufgerufen. Es handelte sich um die erste Wahl der Bezirksräte seit der Übergabe Hongkongs an die VR China. Bei der Besetzung der zur Wahl gestellten Mandate blieb die pro-chinesische Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) nur geringfügig hinter der bisher klar führenden Demokratischen Partei zurück.

Für die insgesamt 390 durch Mehrheitswahl (*single-seat, single-vote system*) zu besetzenden Mandate in den verschiedenen Bezirken hatte die DAB 176 Kandidaten gestellt, von denen sich 83 durchsetzen konnten. Im Vergleich zur letzten Wahl der damals

noch als *District Board* bezeichneten Räte im Jahr 1994, als 37 von 83 gestellten Kandidaten erfolgreich waren, bedeutete dies einen Anstieg der Erfolgsquote von 41% auf 47%. Die Demokratische Partei gewann 86 der 173 Mandate, für die sie Kandidaten gestellt hatte; im Vergleich zur Wahl von 1994, wo 75 von 133 Kandidaten erfolgreich waren, bedeutete dies relativ eine Abnahme der Erfolgsquote von 57% auf 50%. Erfolgreich waren außerdem Kandidaten der Hong Kong Progressive Alliance (21 Mandate), der Association for Democracy and People's Livelihood (19), der Liberalen Partei (15), der Civil Force (11), der 123 Democratic Alliance (7) sowie 148 unabhängige Kandidaten und Mitglieder kleinerer Parteien.

Der relative Sieg der DAB, auch als „Flaggschiff Beijings“ bezeichnet, wird in den Hongkonger Medien als ein grundlegender Wechsel des politischen Klimas wahrgenommen; Wahlen, so wird argumentiert, könnten nicht mehr allein durch Kritik an der Regierung gewonnen werden. Die Demokratische Partei räumte ein, durch die Aufstellung von noch nicht lange erprobten Kandidaten aus dem „radikalen“ Lager der sogenannten „Young Turks“ ihre Erfolgschancen geschmälert zu haben (SCMP, 25, 29., 30.11., 1.12.99).

Die Bedeutung, die der Wahl der Bezirksräte zugemessen wurde, erschließt sich nicht so sehr aus der politischen Bedeutung dieser Organe selbst. Bislang beschränkte sich deren Funktion auf die Mitsprache bei Regierungsprojekten im Bereich des Umweltschutzes, kultureller und Freizeitaktivitäten sowie im Sozialbereich. Gerade im Vergleich mit dem Legislativrat (*Legislative Council*), der unter anderem mit Kompetenzen der Haushaltsüberwachung ausgestattet ist, gelten die Bezirksräte als wenig einflussreich (SCMP, 1., 23.11.99).

Der Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa (Dong Jianhua) hat allerdings angekündigt, die Aufsichtsrolle der Bezirksräte im Bereich der städtischen Politik zu stärken und sie als Foren für eine aktivere Kommunikation zwischen Bürgern und Regierung auszubauen. Einen potentiellen Bedeutungszuwachs erfahren die Distrikträte aber vor allem aus der Tatsache,

daß die aus der britischen Kolonialverwaltung stammenden Gemeinderäte (Municipal Councils), die bislang als Beiräte in städtischen Basisbelangen fungiert hatten, voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2000 aufgelöst und ihre Aufgaben von den Distrikträten übernommen werden sollen. Hier handelt es sich um einen seit der Übergabe Hongkongs im Jahr 1997 diskutierten Plan Tung Chee-hwas. Im Fall der Verwirklichung dieses Plans, der von der UNO-Menschenrechtskommission kritisch beurteilt wurde, droht die Demokratische Partei mit einer Klage auf Verletzung des Hongkonger Grundgesetzes (SCMP, 23., 24., 28.11.99; NZZ, 6./7.11.99).

Ferner wurde die Wahl als Test für die bevorstehende Wahl des Legislativrats im kommenden Jahr gesehen. Von mehreren Kandidaten, die sich nun zur Wahl auf Bezirksebene stellen, ist bekannt, daß sie sich im Jahr 2000 (erneut) um einen der Sitze im Legislativrat bewerben würden. Gemäß des Grundgesetzes wird die Zahl der durch geographische Direktwahl zu besetzenden Mandate dann um vier auf 24 aufgestockt werden. Seit bei den letzten Wahlen des Legislativrats im Jahr 1998 ein Verhältniswahlssystem eingeführt wurde, bei dem die einzelnen Parteien zum ersten Mal Listen für ihre Kandidaten aufstellen mußten, gilt der Erfolg einzelner Kandidaten auf der Bezirksebene nun als Kriterium für die Listenrangfolge im kommenden Jahr (SCMP, 28.9., 3., 23.11.99).

Schließlich kam der Wahl der Bezirksräte in den öffentlichen Medien Bedeutung als Testfall der Entwicklung demokratischer Strukturen in Hongkong zu. Mit dem Slogan „Vote unless you've given up on HK“ wurde die Teilnahme an der Wahl zum Barometer demokratischer Eigenständigkeit der Sonderverwaltungsregion. Die Wahlbeteiligung lag mit 36% zwar um einiges höher als bei den letzten Wahlen im Jahr 1994 mit 33%. Hinter der als „Rekord“ gewerteten Beteiligung von 53% bei den letzten Wahlen des Legislativrats 1998 blieb sie jedoch stark zurück und bestätigte so die seit Mitte der achtziger Jahren vielbeklagte politische Apathie der Hongkonger Wahlbevölkerung (SCMP, 23., 30.11.99).